

OFFENER BRIEF

AN DEN TÜRKISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN ABDULLAH GÜL

Wien, im Mai 2011

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Anlässlich Ihres offiziellen Staatsbesuches in der Republik Österreich erlauben sich die unterfertigten Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, Ihnen in diesem offenen Schreiben einige Umstände darzulegen, die aus freiheitlicher Sicht, aber auch aus Sicht der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung von hoher Wichtigkeit sind.

Zunächst dürfen wir Ihnen mitteilen, dass aus freiheitlicher Sicht das Ziel der europäischen Integration die Gemeinschaft jener Staaten ist, die geopolitisch, historisch, geistig-kulturell und geographisch Europa ausmachen, und sich dessen stark christlich geprägtem Erbe verpflichtet fühlen.

Die Türkei erfüllt – jedenfalls nach unserer Einschätzung – diese Voraussetzungen eindeutig nicht.

Als Vertreter eines traditions- und nationalbewussten Volkes werden Sie daher Verständnis dafür haben, dass wir – ebenso wie große Teile der europäischen Öffentlichkeit – einen EU-Vollbeitritt Ihres Landes in keiner Weise unterstützen können.

Über eine „besondere Partnerschaft“ zwischen Europa und der Türkei sollten beide Seiten ehrlich und im beiderseitigen Interesse verhandeln.

Unerlässlich ist, dass beide Seiten die Identität des anderen und das legitime Streben nach deren Erhalt respektieren. Nicht hilfreich ist es, wenn hohe und höchste Repräsentanten Ihres Landes türkische Auswanderer dazu auffordern sich nicht zu assimilieren und – statt die Kultur, die Sprache und die Sitten des Gastlandes zu übernehmen – auch in dritter Auswanderergeneration in erster Linie „Türken“ zu bleiben. Wenn diese Politik mit der massiven Förderung von Vereinen, die sich solchen Zielen verbunden fühlen, (wie etwa in Österreich den Verein „ATIP“) einhergeht, werden freundschaftliche Beziehungen sicher nicht verbessert.

Schwer annehmbar ist es auch für uns, wenn Ihr Land für die türkischen Einwanderer in Österreich ein eigenes Schulwesen und den Aufbau einer türkischen Parallelkultur fordert, den Minderheiten im eigenen Land aber grundlegende und selbstverständliche Rechte vorenthält. Ein Hinweis auf die Lage des kurdischen Volkes oder der christlichen Gemeinden soll zu diesem Thema genügen.

Zuletzt zum Verhalten Ihres Botschafters: Wer sein Gastland beleidigt, ihm „schulmeisterliche“ Belehrungen erteilt und große Teile der österreichischen Bevölkerung vor den Kopf stößt, sollte für die Türkei als deren Vertreter untragbar sein.

Der Umstand, dass Ihr Land sich bis heute nicht einmal dazu durchgerungen hat, seinen Wiener Botschafter abzurufen, lässt viele Österreicher auf eine Befürwortung seines Verhaltens durch die türkische Regierung schließen.

Dies ist auch der Grund dafür, dass die Vertreter unserer Partei diesmal nicht an den gesellschaftlichen Veranstaltungen anlässlich Ihres geschätzten Besuches teilnehmen.

Wir nehmen an, dass Sie, sehr geehrter Herr Staatspräsident, dafür Verständnis haben, und hoffen, dass – vielleicht auch aufgrund unserer Anregungen – sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern künftig im Geiste gleichberechtigter Freundschaft und wechselseitigen Respektes vor unseren großen Kulturen und Traditionen entwickeln.

In diesem Sinne verbleiben wir mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung!

Solfer
Mag. Helmut...
Hörigshofer
K. M.
Skl
A. P. ...
...
...